

Kurzprotokoll Nr. 36 vom 27. Juni 2018 (ganztägige Sitzung)

Vorsitz Turi Schallenberg, Grossratspräsident, Bürglen

Anwesend 119 Mitglieder Vormittag

113 Mitglieder Nachmittag

Ort Rathaus Frauenfeld

- 1. Amtsgelübde von Kantonsrätin Barbara Dätwyler Weber (16/WA 49/234). Kantonsrätin Barbara Dätwyler Weber aus Frauenfeld, Nachfolgerin von Christa Thorner aus Frauenfeld, legt das Amtsgelübde ab.
- **2. Kantonsbürgerrechtsgesuche** (16/EB 9/237). Der Rat heisst die 99 Gesuche von Ausländerinnen und Ausländern gut.
- 3. Interpellation von Ulrich Müller vom 22. November 2017 "Schloss Eugensberg" (16/IN 25/162) (Beantwortung). Der Interpellant beantragt Diskussion, die mit 75:16 Stimmen beschlossen wird.
- 4. Geschäftsbericht 2017, umfassend den Rechenschaftsbericht des Regierungsrates und die Staatsrechnung, sowie Tätigkeitsbericht 2017 des Datenschutzbeauftragten (16/BS 21/201) (Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung). Eintreten auf den Geschäftsbericht ist gemäss §§ 37 und 39 der Kantonsverfassung obligatorisch. Im Rahmen der Detailberatung werden verschiedene Themen angesprochen. Der Geschäftsbericht 2017, umfassend den Rechenschaftsbericht des Regierungsrates und die Staatsrechnung, die aus der Erfolgsrechnung, der Investitionsrechnung sowie der Bilanz per 31. Dezember 2017 besteht, wird vom Rat genehmigt. Ebenso genehmigt er die Verwendung des Ertragsüberschusses von Fr. 17'701'563.56 gemäss Beschlussesentwurf der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission. Vom Tätigkeitsbericht 2017 des Datenschutzbeauftragten wird Kenntnis genommen. Der Rat stimmt dem Beschlussesentwurf mit 114:0 Stimmen zu.
- Änderung 5. Gesetz betreffend die des Planungs- und **Baugesetzes** (16/GE 10/118) (2. Lesung). In der 2. Lesung wird der Antrag, in § 71d Abs. 2 den Begriff "Marktwert" durch eine neue Formulierung zu ersetzen und den Abs. 3 zu löschen, mit 77:29 Stimmen gutgeheissen. § 71d Abs. 2 lautet neu wie folgt: "Die Lenkungsabgabe beträgt für das erste Jahr nach Ablauf der Überbauungsfrist 1%, im zweiten bis und mit viertem Jahr 2% und ab dem fünften Jahr 3% des durch die rechtskräftige Steuerschätzung festgelegten Wertes des Grundstückes." Im Weiteren wird der Antrag, in § 71e einen neuen Abs. 2 einzufügen, mit 53:50 Stimmen angenommen. Der neue Abs. 2 in § 71e lautet wie folgt: "Bei einer Auszonung ist die Lenkungsabgabe durch die Gemeinde zurückzuerstatten." Die Redaktionslesung und die Schlussabstimmung erfolgen an der nächsten Ratssitzung.

- 6. Interpellation von Hanspeter Gantenbein vom 3. Mai 2017 "Zunehmende Schere beim Lohn und den Sozialleistungen zwischen Staat und Gewerbe/Industrie beziehungsweise Landwirtschaft" (16/IN 12/113) (Beantwortung). Der Interpellant beantragt Diskussion, die mit grosser Mehrheit beschlossen wird.
- 7. Motion von Kurt Egger, Wolfgang Ackerknecht, Hansjörg Brunner, Ueli Fisch, Alex Frei, Daniel Frischknecht, Toni Kappeler, Jost Rüegg und Stephan Tobler vom 30. August 2017 "Standesinitiative zur Beseitigung der Wertfreigrenze im Einkaufstourismus" (16/MO 8/139) (Beschlussfassung Umsetzung). Dem Beschlussesentwurf des Regierungsrates stimmt der Rat mit 97:0 Stimmen zu. Das Geschäft geht an die Staatskanzlei zur Weiterleitung der Standesinitiative an die Bundesversammlung.
- 8. Antrag gemäss § 52 der Geschäftsordnung des Grossen Rates von Paul Koch und Pascal Schmid vom 3. Mai 2017 "Transparente Zahlen zu den Landesverweisungen ausländischer Straftäter im Kanton Thurgau" (16/AN 2/111) (Beantwortung, Diskussion, Beschlussfassung). Der Regierungsrat beantragt, den Antrag nicht erheblich zu erklären. Die Antragsteller ziehen ihren Vorstoss zurück.

Traktanden 9 und 10 nicht behandelt.

Parlamentsdienste des Kantons Thurgau

Zur Veröffentlichung

- im Amtsblatt
- auf Internet https://parlament.tg.ch